

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 12 (1932-1933)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Die Bodenfrage in den sozialistischen Agrarprogrammen  
**Autor:** Steinemann, Eugen  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-331475>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Wenn die Untersuchung des Vereins für Sozialpolitik diese Fragen eingehender behandeln und die Bedeutung der einzelnen Elemente der kapitalistischen Wirtschaft für den Ablauf der langen Welle prüfen sollte, könnte sie einen wichtigen Beitrag zur Klärung eines der kompliziertesten Probleme des kapitalistischen Wirtschaftsrhythmus liefern. Freilich bringt jede derartige Untersuchung die »Gefahr« mit sich, eine Waffe gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu werden!

---

## Die Bodenfrage in den sozialistischen Agrarprogrammen

Von Dr. Eugen Steinemann.

Die Bodenfrage stellt wohl das bedeutsamste Problem sozialistischer Agrarpolitik dar. Es dürfte daher von hohem Interesse sein, zu untersuchen, wie sich die verschiedenen Sektionen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale dieser Frage gegenüber verhalten, wie sie von ihnen gestellt und gelöst wird. Für uns Schweizer hat diese Untersuchung einen besonderen Wert, weil unser eigenes Agrarprogramm die Bodenfrage sehr wenig eingehend behandelt.

Unser Vergleich bezieht sich neben dem schweizerischen auf das deutsche<sup>1</sup>, österreichische<sup>2</sup>, französische<sup>3</sup> und englische<sup>4</sup> sozialistische Agrarprogramm. (Abkürzung für die entsprechenden Parteien: SPS., SPD., SPOe. = Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Deutschlands und Oesterreichs; SFIO. = Section française de l'Internationale ouvrière; LP. = Labour Party of Great Britain.)

### I. Die Fragestellung.

Die landwirtschaftliche Bodenfrage hat zwei verschiedene Aspekte, je nachdem sie von der Wirtschaftspolitik oder als Frage der sozialen Gerechtigkeit gestellt wird. Im letzteren Falle handelt es sich um die Frage, wem die Grundrente zukommen solle; es ist die Frage des Eigentums an Grund und Boden. Sie wird in keinem Programm bewußt gestellt. Die SPD. berührt sie einmal nebenbei, indem sie eine bestimmte Maßnahme vorschlägt, »um der Gesamtheit die Grundrente zu sichern« (S. 280).

In der Wirtschaftspolitik bedeutet Bodenfrage das Mißverhältnis zwischen Bodenangebot und Bodennachfrage, das zu einer Ueberwer-

---

Zitiert aus: <sup>1</sup> Parteitag Magdeburg 1929, S. 279, Agrarprogramm, beschlossen 1927; <sup>2</sup> Programm, Agrarprogramm und Organisation der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, S. 29; das sozialdemokratische Agrarprogramm, beschlossen am 16. November 1925; <sup>3</sup> Programme agricole, beschlossen Januar 1931; <sup>4</sup> The Land and the Nation Planning of Agriculture, Entwurf des Exekutivkomitees der Labour Party zu einem Agrarprogramm, der voraussichtlich ziemlich unverändert vom Parteitag im Herbst 1932 wird angenommen werden. Das Agrarprogramm der SPS. wurde bekanntlich am Parteitag 1928 beschlossen.

tung des Bodens und damit zu einer Ueberschuldung der Bauern führt. Dieser Aspekt der Frage ist im Programm der SPOe. klar erfaßt: »Der Kapitalismus hat die Massen des Volkes in Proletarier verwandelt, die ihr Leben lang unter dem Kommando der Kapitalisten arbeiten müssen, die täglich die Arbeitslosigkeit, in ihrem Alter eine elende Armenversorgung zu befürchten haben.

Um diesem Schicksal zu entgehen, suchen jederzeit viele zu den höchsten Preisen Boden zu erwerben, um nur ein selbständiges Leben auf eigener Scholle führen zu können. Ihr Bodenhunger treibt die Bodenpreise empor. Daher steht der Verkehrswert des Bodens stets hoch über seinem Ertragswert.

Diese Ueberwertung des Bodens hat dazu geführt, daß der Boden bei jedem Besitzwechsel mit allzu hohen Hypothekarschulden belastet werden mußte. Nach Entrichtung der Hypothekarzinsen blieb dem Kleinbauer nicht einmal ein angemessener Lohn für seine Arbeit.

Hat die Geldentwertung den Boden von der Hypothekarlast befreit, so droht sich doch die alte Ueberschuldung des Bodens binnen einer Generation wieder herzustellen.« (S. 32/33.)

Aehnlich liegen die Verhältnisse in Deutschland und in der Schweiz, hier mit dem Unterschied, daß von einer Schuldbefreiung durch die Geldentwertung nur in kleinem Maßstab die Rede sein kann. In den Programmen der SPD. und der SPS. findet sich jedoch kein Hinweis auf diese Sachlage. Die SPD. signalisiert lediglich den Bodenmangel der Kleinbauern und im Zusammenhang damit die Bodensperre durch den Großgrundbesitz. (S. 279.)

In England, wo der Boden zum weitaus größten Teil im Pachtverhältnis bebaut wird, spielt die Bodenpreisfrage eine geringere Rolle. Immerhin weist die LP. darauf hin, daß sich die »owner-occupiers«, die Eigenbauern, seit dem Weltkrieg sehr vermehrt haben, und daß ihrer viele ihr Land zu viel zu hohen Preisen erwarben. In der Hauptsache geht es der LP. jedoch um etwas anderes bei der Bodenfrage. Sie will die ganze Landwirtschaft in einen umfassenden Wirtschaftsplan einbeziehen und packt daher die Bodenfrage von dieser Seite an. Was hat mit dem Boden zu geschehen, damit sich die Landwirtschaft möglichst reibungslos in einen Plan einfügen läßt? — so lautet ungefähr die Fragestellung der LP.

In Frankreich ist die Bodenfrage nicht sehr akut, da mit Ausnahme einiger Gegenden, wie zum Beispiel der Bretagne, der Boden durch die weit fortgeschrittene Entvölkerung stark entwertet worden ist. Die Versorgung der Bauern mit Betriebsmitteln und mit allgemeinen Lebensnotwendigkeiten, wie Elektrizität, Wasser usw., steht hier mehr im Vordergrund. Im Programm der SFIO. finden wir daher keine bewußte Stellung der Bodenfrage.

Eine Nebenfolge des Bodenmangels besteht in der großen Zahl bäuerlicher Wirtschaften, die infolge ihrer Kleinheit zu unrationeller Betriebsweise verurteilt sind. Das gilt für alle Länder, doch wird es nur von der LP. (S. 7) und der SPOe. (S. 42) erwähnt.

Die große Anspannung auf dem Bodenmarkt wirkt sich schließlich

in perfider Weise darin aus, daß landwirtschaftliche Subventionen und Produktenpreiserhöhungen sich automatisch in höhere Bodenpreise umsetzen, womit die Not der Bauern immer neu reproduziert wird. Solange die Bodenfrage nicht gelöst ist, bedeutet daher die landwirtschaftliche Subventionspolitik: Schöpfen in ein Faß ohne Boden. Die SPS. spricht davon; sie sagt von der Preispolitik der Bauernorganisationen: »Diese Maßnahmen führen für die Landwirtschaft zur Ueberwertung der Grundstücke . . .«. Die LP. hat dasselbe im Sinn, wenn sie sagt (übersetzt): »Wenn die Landwirtschaft überhaupt erhalten werden soll, besteht die Alternative (zur Nationalisierung) in dauernden Staatszuschüssen irgendwelcher Form, in einem großen und unnötigen Aufwand des Gemeinwesens und in einer fortwährenden schlechten Lage der Landarbeiter . . ., denn was auch der Staat der Landwirtschaft an Zuschüssen möchte zukommen lassen, er kann nicht verhindern, daß schließlich mindestens ein Teil davon in die Taschen des Großgrundbesitzers (landlord) fließt.« (S. 6/7.)

## II. Vermehrung des Bodenangebots.

Die Ueberwertung des Bodens kann prinzipiell auf drei Arten bekämpft werden: erstens durch Vermehrung des Bodenangebots, zweitens durch Verminderung der Nachfrage nach Boden und drittens durch teilweise oder völlige Aufhebung des freien Bodenmarktes. Wir finden tatsächlich alle drei Gedanken in den Agrarprogrammen.

Klar wird die Vermehrung des Bodenangebots in diesem Sinne von der SPOe. aufgefaßt: »Die Belastung des Bodens mit Besitzwechsellhypotheken ist durch Maßregeln zu bekämpfen, die das Angebot auf dem Bodenmarkt vergrößern und dadurch dem Steigen der Bodenpreise entgegenwirken. Zu diesem Zwecke:

- a) Aufhebung der Familienfideikomnisse;
- b) Aufhebung der Eigenjagdrechte und der privaten Fischereirechte . . .« (S. 33.)

Auch die SPD. fordert die »tatsächliche Beseitigung der Fideikomnisse« (formell sind sie schon durch die Weimarer Verfassung aufgehoben).

Den gleichen Zweck verfolgt die von der SPD. und der SPOe. vorgeschlagene Maßnahme, die Außenschläge, das heißt den ein bestimmtes Betriebsgrößenoptimum (im deutschen Osten mit etwa 750 ha angeschlagen) überschießenden Teil des Großgrundbesitzes zu enteignen und den Kleinbauern zur Verfügung zu stellen. Die SPOe. geht noch etwas weiter: »In Gebieten, in denen der landwirtschaftliche Großgrundbesitz über besonders ausgedehnte Bodenflächen verfügt und die unzulängliche Ausstattung der Kleinbauernschaft mit Boden ein besonders schweres Hindernis rationeller Wirtschaft in den Kleinbetrieben ist, können außer den Außenschlägen auch andere geeignete Bodenflächen des Großgrundbesitzes den Gemeinden zugewiesen werden.« (S. 42.)

Die Enteignung von unbebautem kultivierbarem Boden dient ebenfalls dem Zwecke der Vermehrung des Bodenangebots. SPD. und SFIO. sprechen davon. (S. 281 und S. 20.) Ebenso die LP. (S. 24.)

Die Vermehrung und Intensivierung des bebauten Bodens bedeutet eine vergrößerte Agrarproduktion, und das wird allgemein als erwünschte Nebenfolge der vorgeschlagenen Maßnahme angeschaut. Diese Betrachtungsweise scheint mir wenig planwirtschaftlich, sondern eher von der autarkieorientierten Bauernpolitik übernommen. Es kann sich doch in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung niemals darum handeln, einen Betriebszweig einfach planlos auszudehnen, sondern es muß vor allem die Proportionalität der Wirtschaftszweige gewahrt werden. Bei der heutigen Weltwirtschaftlage (auch wie sie sich vor Ausbruch der Krise darbot) wäre eher eine Einschränkung als eine Ausdehnung der Agrarproduktion geboten. Das ganze Siedlungsprogramm der Agrarparteien scheint mir daher etwas allzu kritiklos von den sozialistischen Parteien übernommen.

### **III. Verminderung der Bodennachfrage.**

Mit ihrem Kampf um die Besserstellung der Arbeiter wirkt jede sozialistische Partei unbewußt der Ueberzahlung des Bodens entgegen. Diese Gelegenheit, die enge Verbundenheit des Kleinbauernloses mit dem Arbeiterlos zu betonen, hat nur die SPOe. erkannt: »Erst in einer Gesellschaft, die jedem Arbeitenden ein gesichertes Heim, eine gesicherte Arbeitsstelle und eine gesicherte Altersversorgung verbürgt, wird niemand den Boden überzahlen wollen. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft verschwindet daher mit den Ursachen der Ueberwertung des Bodens die Ursache der Ausbeutung der Bodenbebauer durch das Hypothekenkapital ...« (S. 44.)

### **IV. Aufhebung des Bodenmarktes und Eigentumsfrage.**

Eine gewisse Beschränkung des Eigentums an Grund und Boden und damit eine mindestens teilweise Aufhebung des freien Bodenmarktes wird von allen sozialistischen Parteien gefordert. Dabei gehen die verschiedenen Sektionen der Internationale in ihren Forderungen aber sehr verschieden weit.

Radikal geht die LP. vor. »The land should be brought under National Ownership«, »der Boden soll in nationales Eigentum übergeführt werden« — keine Einschränkung, keine restriktive Auslegung wird diesem lapidaren Satze beigegeben, er ist so gemeint, wie er lautet. Für England ist das allerdings gar kein revolutionäres Programm, es ist im Gegenteil auch von bürgerlicher Seite schon wiederholt vorgeschlagen worden. In Großbritannien werden nämlich 87 Prozent des Bodens im Pachtsystem bebaut, die Nationalisierung des Bodens bedeutet für die jetzigen Bebauer also nur einen Wechsel ihres Grundherrn, und zwar einen Wechsel, der auch von ihnen meistens als vorteilhaft angesehen werden dürfte. In England sind also für eine sozialistische Agrarform besonders günstige Voraussetzungen gegeben.

Anders auf dem europäischen Festland. Hier muß mit einem geradezu sprichwörtlichen Eigentumsfanatismus der Bauern gerechnet werden. Die kontinentalen Parteien lassen sich daher in ihrer Stellungnahme zur Bodenfrage nicht allein von der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit, sondern sehr stark auch von politischen Rücksichten leiten. Alle Parteien außer der LP. versprechen demgemäß hoch und heilig, den bäuerlichen Grundbesitz nicht antasten zu wollen. »In Uebereinstimmung mit dem Parteiprogramm anerkennt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die Notwendigkeit des bäuerlichen Einzelbetriebes und des bäuerlichen Arbeitseigentums.« (S. 31.) »... maintenir en possession de leurs biens les petits et moyens propriétaires cultivant eux-mêmes ou qui, s'ils employent des salariés, fournissent personnellement avec leur famille, la plus grande somme de travail nécessaire à la mise en rapport de leurs terres ...« (SFIO., S. 6.) »Der Sozialismus bekämpft das Raubeigentum der Herrenklassen, nicht das Arbeitseigentum der Bauern« (SPOe., S. 43). Ebenso die SPD., S. 279.

Die Bekämpfung des »Raubeigentums« geschieht nach dem Programm der SPD. durch die Enteignung nur der Außenschläge (über 750 ha!) des Großgrundbesitzes. Die SFIO. spricht nur von einer Grenze, über die hinaus ein Land nicht erwerben (se rendre acquéreur) darf (S. 20), und von der Enteignung der »propriétaires oisifs«, womit dem Zusammenhang nach zu schließen nicht jeder müßiggängerische Bodenbesitzer, sondern nur derjenige zu verstehen ist, der sein Land auch von anderen nicht bebauen läßt (S. 6). Die Enteignung solchen Landes nimmt übrigens auch die SPD. in Aussicht.

Soweit befindet sich die sozialistische Bodenpolitik durchaus in den Fußstapfen der bürgerlichen Agrarreform. Denn auch diese fordert neben der Erhaltung des bäuerlichen Eigentums die Aufteilung des Großgrundbesitzes. Sozialistisch ist erst die Bestimmung, was mit dem enteigneten Boden geschehen soll. Es wird in den Programmen übereinstimmend stipuliert, daß er öffentliches Eigentum werden und an die Kleinbauern nur pachtweise abgegeben werden soll. »Bei der Verwertung des enteigneten Bodens und bei der sonstigen Siedlung sind die Rechtsformen der Erbpacht, des Erbbaurechts, des Rentengutes und der Reichsheimstätte anzuwenden, um der Gesamtheit die Grundrente zu sichern« (SPD., S. 280). »Constituer, par l'expropriation des terres incultes et par tous autres rachats, un domaine foncier national destiné à constituer, comme au Danemark, ces exploitations types remises avec baux de longue durée à l'exploitation collective familiale ou coopérative« (SFIO., S. 20). Dasselbe beabsichtigt die SPOe., doch begnügt sie sich nicht damit, die Außenschläge zu enteignen, sie fordert vielmehr die vollständige Enteignung des Großgrundbesitzes. Aufgeteilt sollen nur die Außenschläge werden, der Rest ist »im Großbetrieb gemeinwirtschaftlich zu bewirtschaften« (S. 43).

Nicht nur durch Enteignung soll der öffentliche Grundbesitz zur Verwendung in obigem Sinne »planmäßig vermehrt werden« (SPD., S. 280), sondern auch durch freihändige Käufe. Zu diesem Zwecke wollen die SPD. und die SPOe. den Gemeinden ein Vorkaufsrecht bei Grund-

stückverkäufen (SPD. nur bei unbebauten Grundstücken) einräumen.

Wir finden also in der Bodenpolitik der kontinentalen sozialistischen Parteien einerseits die Gedanken der bürgerlichen Agrarreform wieder und andererseits, darüber hinaus, das Bestreben, den öffentlichen Grundbesitz zu vermehren. Die radikale, umfassende Lösung der Bodenfrage, die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens, wird nur von der LP. vertreten.

### V. Entschädigung und Finanzierung der Enteignung.

Die Enteignung hat überall unter voller Entschädigung an die früheren Eigentümer zu geschehen. Die SFIO. sagt zwar nichts darüber, doch kann man kaum etwas anderes annehmen. Auch die SPOe. erwähnt die Entschädigung nicht, doch spricht Otto Bauer, der Verfasser des österreichischen Agrarprogramms in seinem Schriftchen: »Der Weg zum Sozialismus«, davon.

Für die Bemessung der Höhe der Entschädigung schlagen die LP. und die SPD. vor, sich an den Steuerwert zu halten.

Ueber die wichtige Frage der Finanzierung der Enteignungsaktion äußert sich nur die LP. Danach würde der Staat den früheren Eigentümern veräußerbare Rentenpapiere an Zahlung geben, die er nach einer Anzahl von Jahren zurückzahlen könnte. Da der Steuerwert, also auch die Entschädigung nach der Höhe des bisherigen Pachtzinses berechnet wird, dieser Pachtzins nun aber an den Staat fällt, wird der Staat durch die Nationalisierung des Bodens finanziell gar nicht belastet, abgesehen von Nebenausgaben.

\* \* \*

Diese vergleichende Untersuchung hat wohl gezeigt, daß die verschiedenen Sektionen der Internationale auch in einem für jede so verschieden gelagerten Problem wie der Bodenfrage manches voneinander lernen könnten. Wir Schweizer haben die Bodenfrage in unserem Agrarprogramm noch ungelöst gelassen. Wenn wir an ihre Lösung herangehen, wollen wir uns die Gedankenarbeit der anderen zunutze machen.

---

## Eugen Huber

Von A. I s e n s c h m i d.

Wenn im Monat Dezember 1932 die Stiftung »Pro Juventute« durch Verkauf ihrer eigenen Postmarken in der ganzen Schweiz Geldmittel gesammelt hat, welche als wirksame Hilfe ganz besonders auch Arbeiterkindern zugute kommen werden, so ist zunächst vor allem hervorzuheben, daß der Zweck dieses Jugendwerkes sich wohl weniger in jenen vier auf den Fünfer-, Zehner- und Zwanzigermarken abgebildeten Erwachsenen verkörpert, welche, wie an einem Schwing- und Aelplerfest, ihre Körperkraft und Gewandtheit dem schweizerischen Nationalismus zum Besten geben, sondern in jenem Charakterkopfe Eugen Hubers auf der Dreißigermarke. Oder ist etwa nicht dessen Hauptwerk — das